



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

**PRESSEMITTEILUNG**

**19.04.2012**

**CDU Juristen Baden-Württemberg sehen das geplante Betreuungsgeld kritisch**

**Landesvorsitzender Dr. Graf: „Die Wertschätzung der Familien, die ihre Kinder in den ersten Lebensjahren zu Hause betreuen, sollte besser über das Steuerrecht und die Sozialversicherungssysteme zum Ausdruck gebracht werden“**

Kritisch bewertet der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen Baden-Württemberg (LACDJ) die heute auch im Landtag von Baden-Württemberg debattierten Überlegungen zur Einführung eines Betreuungsgeldes.

„Der Gedanke einer besseren Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung oder auch das von der Union ebenfalls angestrebte

Familiensplitting erscheinen eher geeignet, auch die klassische Familie in eine moderne Zukunft zu führen“, führte der Landesvorsitzende Dr. Graf aus.

Insbesondere das Splittingverfahren sei heute auch weiterhin ein wichtiges Element, wenn es darum ginge, die steuerliche Gleichbehandlung der Familien zu gewährleisten. Es Sorge dafür, dass junge Eltern – in der Mehrzahl der Fälle die Frauen – nicht durch den rasch und hart zugreifenden Progressionstarif von einem allmählichen Wiedereinstieg in das Berufsleben abgehalten werden. Zudem sollte über die Einführung eines Familiensplittings nachgedacht werden, das nicht mehr allein an den Tatbestand der Ehe, sondern zusätzlich und zumindest im Ergebnis auch an die gemeinsame Betreuung von Kindern anknüpft.

Zudem sei es wichtig, auch weiterhin in die Bereitstellung der notwendigen Betreuungsinfrastruktur zu investieren, um den Familien eine echte Wahlfreiheit zu ermöglichen.

„Bei den Überlegungen, wie sichergestellt werden kann, dass den verschiedenen Lebensentwürfen bei der Betreuung von Kindern angemessen Rechnung getragen wird, muss auch über andere wichtige Ansätze als die Einführung eines Betreuungsgeldes nachgedacht werden“, schloss Dr. Graf.

*Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.*